

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitung.....	19
A. Problemstellung	19
B. Untersuchungsgegenstand.....	21
C. Gang der Arbeit	22
Kapitel 1: Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Allgemeinen.....	25
A. Geschichtliche Entwicklung.....	25
I. Vom Mittelalter zur Neuzeit.....	25
II. Im deutschen Recht ab Mitte des 19. Jahrhunderts	27
III. In der Rechtsprechung des BVerfG	28
B. Rechtsgrundlage und inhaltliche Abgrenzung	29
I. Die verfassungsrechtliche Grundlage.....	29
II. Inhaltliche Abgrenzungen	31
1. Gleichheitsgrundsatz.....	31
2. Untermaßverbot.....	32
3. Verwaltungsermessen.....	34
C. Die Teilgrundsätze des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	36
I. Vorprüfung	37
II. Der Teilgrundsatz der Geeignetheit	38
1. Geeignetheit als Bestandteil des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	38
2. Inhalt des Grundsatzes	39
3. Beurteilungsspielraum des Staates	40
4. Rechtsprechung des BVerfG	41

III.	Der Teilgrundsatz der Erforderlichkeit.....	43
1.	Terminologie	43
2.	Inhalt des Grundsatzes.....	44
3.	Beurteilungsspielraum des Staates.....	48
4.	Rechtsprechung des BVerfG	49
IV.	Der Teilgrundsatz der Proportionalität	52
1.	Terminologie	52
a)	Positiver Ansatz	52
b)	Negativer Ansatz	53
2.	Inhalt des Grundsatzes.....	54
3.	Rechtsprechung des BVerfG	57
V.	Zwischenergebnis.....	60

Kapitel 2:	Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	
	im Zweipersonenverhältnis	61
A.	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und Grundrechte.....	61
I.	Verfassungsrechtliche Bedeutung.....	61
1.	Der historische Wandel der Bedeutung der Grundrechte.....	62
2.	Staatsgewalt und Grundrechte	64
3.	Verhältnismäßigkeit und Grundrechte.....	65
4.	Verhältnismäßigkeit in der Rechtsprechung des BVerfG	67
II.	Verwaltungsrechtliche Bedeutung	69
1.	Verhältnismäßigkeit und Einzelfallgerechtigkeit.....	70
2.	Verhältnismäßigkeit in der Rechtsprechung des BVerwG	71
B.	Verhältnismäßigkeit im Zweipersonenverhältnis.....	73
I.	Eingriffsverwaltung.....	74
1.	Begriff und Abgrenzung	74
2.	Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	76
a)	Grundsatz des Vorbehalts des Gesetzes	77
b)	Grundsatz des Vorrangs des Gesetzes	78
3.	Verhältnismäßigkeit und staatliches Ermessen	79
a)	Sinn und Zweck von Ermessensvorschriften.....	80

b) Formen der Ermessensausübung.....	81
aa) Entschließungsermessen	81
bb) Auswahlermessen.....	82
c) Der Einfluss des Verhältnismäßigkeitsprinzips auf staatliche Ermessensentscheidungen.....	82
aa) Verhältnismäßigkeit und Entschließungsermessen	83
bb) Verhältnismäßigkeit und Auswahlermessen.....	83
cc) Zwischenergebnis.....	84
II. Staatliche Interessen bei exekutiven Maßnahmen.....	86
1. Öffentliche Sicherheit und Ordnung	87
2. Sonstige verfassungsrechtliche Interessen und Aufgaben des Staates	88
III. Interessen und Rechtsgüter der Bürger.....	89
IV. Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.....	91
1. Lösungsansatz des BVerwG	91
2. Exkurs: Die Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes in der Rechtsprechung des BVerfG zu Grundrechtskonflikten	93
3. Vergleich von BVerfG und BVerwG.....	96
4. Meinungsbild in der Literatur.....	98
V. Zwischenergebnis.....	99

Kapitel 3. Verhältnismäßigkeit und Ermessensreduzierung im Mehrpersonenverhältnis.....	101
A. Mehrpersonenverhältnisse im Allgemeinen	101
I. Mehrpersonenverhältnisse in der Vergangenheit und in der Zukunft.....	101
1. Historischer Überblick	101
2. Blick in die Zukunft	104
II. Rechtsgüter und Interessen des Dritt betroffenen	107
1. Das subjektiv-öffentliche Recht.....	108
a) Drittschutz aus Grundrechten und verfassungskonformer Gesetzesauslegung	109

b) Schutznormtheorie	112
2. Zwischenergebnis	114
B. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Dreipersonenverhältnis	114
I. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz aus Sicht des Dritten.....	115
1. Exkurs: Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Privatrecht	115
a) Unmittelbare und mittelbare Grundrechtswirkung.....	116
b) Verhältnismäßigkeit im Privatrecht	117
c) Die Angemessenheit privatrechtlicher Gestaltungsmacht	120
d) Schlussfolgerung	123
2. Verfassungsrechtliche Schutzfunktion des Verhältnismäßigkeits- prinzips für Dritte im Öffentlichen Recht?	125
a) Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als Abwehrmittel gegenüber einer untätigen Behörde (Eingriff in Form der Unterlassung?)	126
aa) Grundrechtliche Schutzpflichten des Staates	126
bb) Das Untermaßverbot als Maßstab eines verfassungswidrigen Schutzdefizits	128
cc) Fazit.....	130
b) Anspruch des Dritten auf aktives Einschreiten der Behörde	131
aa) Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung	132
bb) Ermessensreduzierung (auf Null).....	133
cc) Ermessensreduzierung auf Null und Verhältnismäßigkeit	140
dd) Zusammenfassung	141
3. Resümee.....	141
II. Die Bedeutung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes aus Sicht des Störers.....	142
III. Verhältnismäßigkeit und Ermessensreduzierung auf Null im Dreipersonenverhältnis aus Sicht der Behörde.....	144

1. Exkurs: Verfassungsrechtliche Mehrpersonenverhältnisse und die Rolle des Gesetzgebers zwischen Übermaß- und Untermaßverbot	145
a) Die grundrechtsdogmatische Ausgangslage.....	145
b) Konkretisierung und Harmonisierung	147
c) Zwischenergebnis.....	152
2. Auswirkungen einer Ermessensreduzierung auf Null	153
a) Der verwaltungsrechtliche Regelfall einer sicherheitsrechtlichen Ermessensentscheidung.....	154
b) Die Ausnahmekonstellation einer Ermessensreduzierung auf Null.....	156
aa) Einfluss auf die Frage des legitimen Ziels der Maßnahme	158
bb) Geeignetheit der Maßnahme.....	159
cc) Erforderlichkeit der Maßnahme	160
dd) Angemessenheit der Maßnahme	163
ee) Verfassungsrechtliche Aspekte des festgestellten Modifikationbedarfs	167
ff) Zwischenergebnis.....	169
gg) Anschauungsbeispiel: der finale Rettungsschuss.....	171
3. Unverhältnismäßigkeit als exekutiver Einwand.....	178
C. Ergebnis.....	181
 Kapitel 4. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip im Baurecht	185
A. Das besondere Konfliktpotential im öffentlichen Baurecht.....	185
I. Drittschutz im Baurecht.....	186
1. Gesetzesauslegung und das Gebot der Rücksichtnahme	187
2. Praxisrelevante Beispiele aus der Rechtsprechung.....	189
a) § 31 Abs. 2 BauGB	190
b) § 34 Abs. 1, Abs. 2 BauGB, § 35 Abs. 1, Abs. 2 BauGB	191
aa) privilegierte Vorhaben, § 35 Abs. 1 BauGB	193
bb) sonstige Vorhaben, § 35 Abs. 2 BauGB	194
cc) § 15 Abs. 1 BauNVO.....	195

3. Zwischenergebnis	198
II. Die Abwägung	199
1. Der Begriff der Abwägung	200
2. Das Abwägungsverfahren.....	201
3. Abwägung und Verhältnismäßigkeit	202
4. Zwischenergebnis	204
B. Abwägung im öffentlichen Baurecht.....	205
I. Bauleitplanung und Abwägung.....	205
1. § 2 Abs. 3 BauGB	206
2. § 1 Abs. 7 BauGB	207
3. § 1 Abs. 6 BauGB	207
II. Baugenehmigungsverfahren und Abwägung.....	209
1. Das Gebot der Rücksichtnahme	209
2. Abwägungen des Gesetzgebers im Baurecht.....	210
3. Abwägungsentscheidungen der Behörde nach § 35 Abs. 1, Abs. 2 BauGB	214
a) Abwägungsentscheidung gemäß § 35 Abs. 1 BauGB	214
b) Abwägungsentscheidung gemäß § 35 Abs. 2 BauGB	215
C. Zwischenergebnis	216
 Kapitel 5: Verhältnismäßigkeit und Ermessensreduzierung am Beispiel der Beseitigungsanordnung nach Art. 76 Satz 1 BayBO.....	219
A. Die Baubeseitigung im Allgemeinen	220
I. Die Baubeseitigung im Gefüge der bauaufsichtlichen Maßnahmen der BayBO	221
1. Die Baueinstellung nach Art. 75 BayBO	221
2. Die Nutzungsuntersagung nach Art. 76 Satz 2 BayBO	222
3. Die Baubeseitigung nach Art. 76 Satz 1 BayBO	223
a) Formelle und materielle Illegalität der Anlage	224
b) Baubeseitigung als ultima ratio	225
II. Zwischenergebnis.....	226

B. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bei der Beseitigungsanordnung nach Art. 76 Satz 1 BayBO	226
I. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bei der Baubeseitigungsanordnung im bipolaren Verwaltungsrechtsverhältnis	226
1. Formelle und materielle Illegalität	227
a) Formelle Illegalität	227
b) Materielle Illegalität	228
2. Baubeseitigung und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	228
a) Legitimer Zweck.....	229
b) Geeignetheit der Baubeseitigungsanordnung	230
c) Erforderlichkeit der Baubeseitigungsanordnung	230
d) Angemessenheit der Baubeseitigungsanordnung.....	232
aa) Objektive Gewichtung der betroffenen Rechtsgüter...	232
bb) Gesamtabwägung unter Berücksichtigung der Einzelfallumstände	233
II. Verhältnismäßigkeit und Ermessensreduzierung bei der Baubeseitigungsanordnung im dreiseitigen Verwaltungsrechtsverhältnis	235
1. Art 76 Satz 1 BayBO als mittelbar drittschützende Ermessensnorm	236
2 Fallbeispiel: Die illegale Verbrennungsanlage	239
a) Vorliegen einer Ermessensreduzierung auf Null.....	239
b) Prüfung der Teilgrundsätze der Verhältnismäßigkeit.....	241
aa) Legitimes Ziel der Beseitigungsanordnung.....	243
bb) Geeignetheit der Beseitigungsanordnung	243
cc) Erforderlichkeit der Beseitigungsanordnung.....	245
dd) Angemessenheit der Beseitigungsanordnung.....	250
III Ergebnis der Prüfung	254
C. Zusammenfassung.....	255
Schlussbetrachtung	261

A. Der prüfungstechnische Modifikationsbedarf des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes bei Ermessensreduzierungen auf Null in multipolaren Verwaltungsrechtsverhältnissen.....	261
B. Prüfungstechnische Auswirkungen einer Ermessensreduzierung auf Null auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	262
I. Weiterentwicklung der Fragen des legitimen Zwecks, der Geeignetheit sowie der Erforderlichkeit	262
II. Bedeutungsverlust der Angemessenheitsprüfung und Schwerpunktverschiebung.....	264
Literaturverzeichnis.....	267